



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Medienmitteilung vom 1. Oktober 2026

Schluss mit Impfbulatorien und Monsterbussen!

Das Aktionsbündnis freie Schweiz fordert die Abschaffung der horrenden Busse von bis zu 50'000 Franken bei Verstössen gegen das Impfbulatorium im Kanton Zürich. Unterstrichen wird die Forderung mit einer Petition. Auch andere Kantone müssen über die Bücher.

Jetzt werden im grössten Schweizer Kanton die Weichen gestellt: Die Totalrevision des Zürcher Gesundheitsgesetzes bietet die Gelegenheit, das bestehende Impfbulatorium mit Monsterbussen bis zu 50'000 Franken zu streichen. Wer kann schon eine solch horrende Busse bezahlen? Für eine junge Familie, Pensionierte, Selbständige, Pflegefachleute, Lehrkräfte oder Studenten kann ein solcher Betrag existenzbedrohend sein. Im Extremfall kann bei einer nicht bezahlten Busse sogar eine Ersatzfreiheitsstrafe folgen. Damit wird aus einem formellen Impfbulatorium durch die massive Sanktionsandrohung für die Betroffenen ein faktischer Impfwang.

Gravierender Fehler der Gesundheitsdirektion

Dabei ist der Gesundheitsdirektion erst noch ein gravierender Verfahrensfehler mit staats- und demokratiepolitischen Folgen passiert: In den Unterlagen des Vernehmlassungsverfahrens fehlte ausgerechnet der Hinweis auf jene Strafbestimmung, die bei einem Verstoß gegen ein Impfbulatorium eine Busse von bis zu 50'000 Franken vorsieht.

Damit konnte die Bevölkerung zu einem der politisch brisantesten Punkte der Vorlage nicht klar Stellung beziehen, weil sie schlicht nicht korrekt informiert war. ABF Schweiz fordert deshalb eine Wiederholung der Vernehmlassung auf der Grundlage vollständiger Unterlagen.

Online-Petition und Flyer-Sponsoring

Um den politischen Druck zu erhöhen, hat das Aktionsbündnis freie Schweiz die [Online-Petition](#) «Gesundheitsgesetz Kanton Zürich: Kein Impfbulatorium mit Strafbestimmung» lanciert. Ausserdem bieten wir die Möglichkeit, einen [Informationsflyer](#) zu sponsern und gezielt in Gemeinden der Wahl verteilen zu lassen.

Schliesslich unterstützen wir Bürger mit einer [Briefaktion](#): Sie können politischen

Entscheidungsträgern schreiben und die Streichung der Strafbestimmung verlangen.

Widerstand wirkt – wie das Beispiel St. Gallens zeigt

Dass Widerstand wirkt, zeigte sich eindrückliche im Kanton St. Gallen, wo sich das Aktionsbündnis freie Schweiz ebenfalls engagierte. Auch dort waren im Rahmen einer Revision des Gesundheitsgesetzes ein Impfbulatorium und eine damit verbundene Strafbestimmung von bis zu 20'000 Franken vorgesehen. Rund 2'500 Schreiben an den Regierungsrat machten den Widerstand aus der Bevölkerung sichtbar. Die Regierung strich den Passus danach wieder.

Dieses Beispiel muss Schule machen, neben Zürich auch in den anderen Kantonen, wo Impfbulatorien teilweise mit Bussandrohung bestehen oder zur Diskussion stehen.

Etappenenerfolg im Ständerat

Dass dies der falsche Weg und einer Demokratie mit mündigen Bürgern unwürdig ist, hat inzwischen auch der Ständerat eingesehen. Er hält fest, dass explizit kein Zwang angewendet werden soll und dass ebenfalls explizit keine Strafen angedroht werden sollen. Damit verlieren die kantonalen Strafbestimmungen ihre Berechtigung und müssen gestrichen werden – sofern das Parlament dies tatsächlich so beschliesst. Es ist dies ein Etappensieg, auf den das Aktionsbündnis freie Schweiz vor und hinter den Kulissen hingearbeitet hat.

Nun gilt es, das Engagement entschieden weiterzuführen, bis die Impfbulatorien – mit und ohne Bussandrohung – aus allen nationalen und kantonalen Gesetzen entfernt sind. Der Widerstand muss Schule machen – nicht der direkte oder indirekte Impfwang.

<https://abfschweiz.ch/gesg-zh/>